

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich wende mich als arbeitsmarktpolitische Sprecherin aus aktuellem Anlass an Sie. Die Bundesregierung hat erwartungsgemäß nach den Landtagswahlen in NRW ihr Sparpaket für die kommenden Jahre vorgestellt. Überall im Land regt sich zu Recht Protest. Während die Wirtschaft und die Banken weitestgehend von Sparvorschlägen verschont bleiben, lassen CDU/CSU und FDP Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, sozial Benachteiligte und Familien für die Zockerei der Banken und Spekulanten bluten. Das ist nicht nur grob ungerecht, sondern offenbart das wahre Gesicht dieser Koalition der sozialen Kälte und der politischen Geisterfahreierei.

Ich wende mich mit diesem Schreiben an Vereine, Verbände, die Gewerkschaften und alle außerparlamentarische Akteure, die einen solchen sozialen Kahlschlag verhindern wollen, um über unsere Aktivitäten in der politischen Auseinandersetzung zu informieren. In dieser Situation, wo eine verfehlte Politik den sozialen Frieden und die Demokratie im Land gefährdet, kann es nur eines geben: öffentlichen Widerstand einer breiten sozialen Bewegung. Nur so kann es gelingen, diesen massiven Sozialabbau zu verhindern.

Wie der Sozialgipfel am vergangenen Freitag im Thüringer Landtag gezeigt hat, muss es klare Forderungen an die Politik geben, die auf die Stärkung des Sozialstaates, statt seinen weiteren Abbau und letztlich seine Zerschlagung gerichtet sind.

Die Fraktion Die LINKE. Im Thüringer Landtag hat für das Plenum in dieser Woche einen Antrag unter der Überschrift: * Stoppsignal gegen die Aufkündigung des Sozialstaates * für ein Umsteuern hin zu Guter Arbeit und fairen Löhnen in Thüringen“ eingereicht. (siehe Anlage) Wir warnen vor den Folgen des Kurses der schwarz-gelben Bundesregierung auch für Thüringen, der die soziale Spaltung vertieft und die Binnennachfrage weiter austrocknen lässt.

Ich übersende Ihnen hiermit diesen Antrag und kann versichern, dass wir uns an der Seite der Betroffenen befinden und jetzt erst recht dafür eintreten, dass Thüringen

- * Die Sparpläne der Bundesregierung auf Kosten der sozial Schwachen mit aller Konsequenz ablehnt,
- * Sich für eine gerechte Lastenverteilung einsetzt und die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden,
- * die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn erneut in den Bundesrat einbringt und
- * finanzielle Mittel der Wirtschaftsförderung nur in die Unternehmen fließen, die Arbeitsplätze erhalten und schaffen, die den Standards Guter Arbeit, also sozialversicherungspflichtiger, existenzsichernder, tariflich bezahlter, unbefristeter Arbeitsverhältnisse entsprechen.

Das sind unsere Vorschläge und Forderungen zur Überwindung der Krise, die einhergehen müssen mit Investitionen in Bildung, in den notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und die Erschließung von Wachstumspotenzialen im sozio * kulturellen Bereich.

An Ihrer Meinung sind wir sehr interessiert und hoffen, dass wir im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung gemeinsame Aktivitäten entfalten, um der Abwicklung des Sozialstaates entgegenzuwirken.

Mit kollegialen Grüßen
Ina Leukefeld, MdL

Ina Leukefeld
Arbeitsmarktpolitische Sprecherin

.....
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
Arnstädter Straße 51
99096 Erfurt

Tel: 0361 3772631
Fax 0361 377 2416
Mobil: 0160 8110377
www.inaleukefeld.de